



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/239 - 15.10.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Erweiterte Aufgaben für NATO	S. 1
Endspurt im USA-Wahlkampf	S. 3
Otto von Habsburg in Bonn	S. 5
Verwaltungsreform in NRW	S. 6

Überholung der NATO ?

Von Willy Brandt, MdB

Der Außenminister der norwegischen Arbeiterregierung, Halvard Lange, hat sich in der letzten Zeit mehrfach für eine Überprüfung der Organisation des Nordatlantikpaktes und für eine Stärkung der "Atlantischen Gemeinschaft" ausgesprochen. In einer Rede vor wenigen Tagen wies er noch einmal darauf hin, daß nicht nur die Außenpolitik, sondern auch die Wirtschaftspolitik entscheidend koordiniert werden müßte.

Ähnliche Forderungen werden von englischer Seite erhoben. In der Zeitschrift "The Twentieth Century" haben der konservative Abgeordnete Robert Boothby und sein Labour-Kollege Denis Healy den Standpunkt des norwegischen Außenministers nachdrücklich unterstützt.

Halvard Lange will den Rat des Atlantikpaktes so ausgebaut sehen, daß durch ihn eine wirklich gemeinsame Außenpolitik erarbeitet werden kann. Eine solche "Revolutionierung auf außenpolitischem Gebiet" würde seiner Meinung nach vielleicht auch eine Voraussetzung für die Lösung jener Streitfragen schaffen, durch die der Frieden bedroht ist.

Auf wirtschaftlichem Gebiet sollte der ernste Versuch unternommen werden, die in der OEEC - der im Zusammenhang mit dem Marshallplan geschaffenen Organisation für europäische

wirtschaftliche Zusammenarbeit - gegebenen Ansätze weiterzuentwickeln. In Nordeuropa betrachtet man es als ein Lebensinteresse, daß die Zusammenarbeit zwischen Amerika und dem europäischen Westen in Formen gebracht wird, die nicht mehr den Charakter von Hilfsmaßnahmen haben. Erst auf diese Weise, so argumentiert man weiter, würde der Begriff der "Atlantischen Gemeinschaft" reale Gestalt annehmen.

Die Befürworter einer solchen Überholung der NATO erstreben jedoch keine Loslösung von der Organisation der Vereinten Nationen. Sie gehen lediglich davon aus, daß die UN auf kürzere Sicht kaum ein wirksames Instrument kollektiver Sicherheit werden kann. Andererseits erscheint die Forderung nach einer Erneuerung und Stärkung der NATO als Reaktion auf die kleineuropäische Lösung, wie sie sich im Schuman-Plan und im EVG-Projekt ausdrückt. Der Außenminister Norwegens hat sich bekanntlich auch dafür ausgesprochen, der Bundesrepublik einen gleichberechtigten Platz in der NATO einzuräumen. Im gleichen Sinne äußerte sich der Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses im Storting, Finn Moe, auf dem Dortmunder Parteitag der SPD. Schließlich hat die Presse von einem Gutachten des seriösen Institute für internationale Angelegenheiten, das sogenannten Chatham House, zu berichten gewußt, in dem die Mitgliedschaft Deutschlands in der NATO empfohlen wird.

In diesen Empfehlungen drückt sich offenbar die Erkenntnis aus, daß man die Bundesrepublik unmöglich in ein einseitiges Leistungsverhältnis gegenüber dem Atlantikpakt bringen dürfte. Der Standpunkt der deutschen Opposition, wie er von der Sozialdemokratie vertreten wird, bezieht sich gewiß nicht nur auf diesen Punkt. Für sie ist die Forderung nach Gleichberechtigung innerhalb eines wirksamen Systems kollektiver Sicherheit nicht isoliert zu entscheiden, sondern auch im Zusammenhang mit einem ganzen System politischer Voraussetzungen zu betrachten. Das gilt insbesondere für die Auswirkungen auf die zentrale Aufgabe deutscher Politik, nämlich die Wiedervereinigung in Freiheit.

Nichtsdestoweniger will es uns beachtlich erscheinen, wie sich in maßgebenden ausländischen Kreisen neue Fragestellungen anbahnen. Die aufgelockerte und differenzierte Art, in der solche ausländischen Kreise an die Probleme der internationalen Politik herangehen, weicht vorteilhaft von der Starrheit der Argumentation ab, mit der uns die Zustimmung zu den Westverträgen empfohlen wird.

Die letzten hundert Meter

H.St.-New York, Mitte Oktober

Sollte am 4. November der Kandidat der Oppositionspartei, General Eisenhower, als Sieger aus den Wahlen hervorgehen - was nicht sicher, aber doch gut möglich ist - dann wird er diesen Wahlsieg in erster Linie der seltsamen Tatsache verdanken, daß es den Amerikanern im großen und ganzen zu lange zu gut gegangen ist.

Es ist ein wenig deprimierend, eine solche Feststellung machen zu müssen; aber sie enthält den Schlüssel zu einer bemerkenswerten Umschichtung im amerikanischen Denkprozeß. Denn die große Trumpfkarte der Demokratischen Partei seit 20 Jahren war, Amerika aus der großen Wirtschaftskrise von 1930-1932 herausgeführt zu haben und mit Roosevelts "New Deal" und der ganzen Sozial- und Agrargesetzgebung Roosevelts und Trumans für die gesamte Bevölkerung eine einzigartige Ära des Wohlstandes begründet zu haben. Und das bemerkenswerte an dieser Ära des Wohlstandes war und ist, daß gerade auch diejenigen Kreise, die früher Stiefkinder amerikanischer Wirtschaftsblüten waren, wie die Industriearbeiter und Bergleute, die kleinen Farmer, die Neger in den Südstaaten und die Neueinwanderer in den Großstädten, reichlich von ihr profitierten. Im Volk sah man das auch ein, und jeder Wahlgang demonstrierte eine rührende und spontane Dankbarkeit der Arbeiterschaft, der Neger und großer Teile der Farmer, für die demokratische Liste. Faktisch war es wirklich so, daß Roosevelt wie Truman stets "gegen Hoover kämpften", wie man ihnen manchmal vorwarf, d.h. gegen denjenigen republikanischen Präsidenten Herbert Hoover, der von 1929 bis 1933 amtierte und unter dessen Herrschaft die große Krise ausbrach und sich mangels gesetzlicher Maßnahmen hemmungslos ausbreiten konnte.

Verkehrte Fronten

Dieses Mal scheint es aber, als ob die Demokraten Mühe haben, mit ihrem "Wahlkampf gegen Hoover" noch ein lebhaftes Echo im Volk zu rufen, und die Warnung vor einer erneuten Depression durch republikanische Gesetzgebung weckt kein lebhaftes Echo mehr. Die Erinnerung an die große Krise mit ihren 14 Millionen Arbeitslosen und bankrotten Banken ist verblaßt; Millionen seither herangewachsener junger

Wähler haben überhaupt keine Vorstellung mehr davon und sehen in der annähernd erreichten Vollbeschäftigung, den hohen gewerkschaftlichen Löhnen und dem ausgebauten Sozialversicherungssystem keine kostbaren Errungenschaften mehr, sondern ererbte Selbstverständlichkeiten. Die Kämpfer aus der "New Deal"-Periode sind alt und in vielen Fällen konservativ geworden, und Klagen und Beschwerden über hohe Steuern, steigende Fleisch- und Milchpreise und Knappheit auf dem Wohnungsmarkt wiegen heute vielfach schwerer als die Zufriedenheit, die der beispiellos hohe Lebensstandard der breiten Massen eigentlich hervorrufen müßte - und jahrelang auch hervorgerufen hatte.

Bei einer solchen, menschlich verständlichen, aber politisch bedenklichen Entwicklung muß notwendigerweise die Position der Parteien von der, die sie in den letzten Jahren innehatten, verschieden sein. Die Demokratische Partei, die große Volks- und Reformpartei, ist, obwohl sie immer noch die "Linke" gegenüber der republikanischen "Rechten" verkörpert, konservativ geworden, denn sie vertritt die Verteidigung der Errungenschaften, sie streitet für die Aufrechterhaltung der sozialen und wirtschaftlichen Reformen der letzten zwei Jahrzehnte, und ihr Kampfruf "Laßt es Euch nicht wegnehmen" ist ausgesprochen die Parole einer Partei, die in die Defensive gedrängt ist. Demgegenüber erscheinen die Republikaner, obwohl sie dank Tafts vorherrschendem Einfluß auf den Parteigeist ihre Stellung als Rechts-Partei nicht verbergen können, als die Angreifer: Sie stehen mit ihrem Kampfruf gegen Inflation und hohe Steuern, gegen die Regierungspolitik in Korea, gegen Korruption und Verschwendungssucht in der Verwaltung und gegen kommunistische Fünfte-Kolonnen-Wähler absolut in der Offensive. Zweifellos hat Truman kommunistische Agenten in großer Zahl unschädlich gemacht, zweifellos hat er durch seine wirtschaftliche Kontrollgesetzgebung die Inflation eingedämmt, zweifellos könnte auch Eisenhower nicht sofort die Aufrüstung einstellen und den Krieg in Korea abbrechen, und zweifellos stehen nicht einfach blitzsaubere Republikaner den korrupten Demokraten gegenüber; - aber im Getöse des Wahlkampfes wird nicht viel überlegt, und im Appell an das Gefühl zieht die republikanische Offensive mehr als die demokratische Defensive. Und nimmt man noch die persönliche Beliebtheit des siegreichen Generals als Bannerträger der republikanischen Partei dazu, dann läßt sich verstehen, daß viele Beobachter des amerikanischen Wahlkampfes der Ansicht sind, ein Wahlsieg Eisenhowers stehe bevor.

Gefährdete Tradition

Natürlich ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. Der demokratische Kandidat Stevenson, ein überaus intelligenter Mann, übt auf weite Kreise der Wählerschaft, nämlich die nachdenklichen und Überlegenden, eine große Anziehungskraft aus, und Trumans Intervention im Wahlkampf, drastisch, handfest und aggressiv, kann vielleicht sogar im Endergebnis den Ausschlag geben. Da die Presse, wie üblich, zu mehr als 80 Prozent auf Seiten der Republikaner steht, benutzt Stevenson in großem Umfang Rundfunk und Fernsehen, um zum Lande zu sprechen, und er tut dies mit großem Erfolg. Es war früher ein eiserne Grundgesetz der amerikanischen Politik, daß man in Zeiten allgemeinen Wohlstandes und wirtschaftlicher Blüte die regierende Partei nicht aus dem Sattel werfen kann. Gewisse Anzeichen liegen dieses Mal vor, daß dieses Gesetz nicht mehr zutrifft - sondern daß die regierende Partei gerade deshalb in Gefahr schwebt, weil der Lebens-

Standard hoch und die wirtschaftliche Lage befriedigend ist. Unbestreitbar besteht eine gewisse Überdrüssigkeit gegen demokratische Präsidenten, und vielfach glaubt man auch, das traditionelle Zweiparteiensystem verlange, daß nunmehr auch einmal "die Anderen" ans Ruder gelassen werden.

Es sind zumeist unbestimmte und gefühlsmäßige Strömungen im Volk, die sich so äußern, Zusammengenommen bilden sie eine spürbare Bewegung von den Demokraten fort zu den Republikanern. Aber es läßt sich in keiner Weise prophezeien, ob die Strömung stark genug ist, Eisenhower zum Siege zu tragen, oder ob die Demokratische Partei, die schon so vielen Stürmen widerstanden hat, auch diesmal wieder imstande sein wird, mit knappem Vorsprung durchs Ziel zu gehen.

+ + +

Europa im "Bürgerverein"

Otto hat seinen Donauplan

d.g. Dem "Bunde deutscher Föderalisten", in dem auch einige Bundesminister tätig sind, haben es die rund 250 Zuhörer zu danken, daß der österreichische "Thronanwärter", der "hohe Gast", Dr. Otto von Habsburg, ein fünfzehn Druckseiten umfassendes Manuskript verlesen konnte, in dem der Donaauraum aus europäischer Sicht beleuchtet sein sollte. Der Zufall wollte es, daß in einer Parallelveranstaltung im Nebenzimmer des Bonner "Bürgervereins" die "Deutsch-Russische Stoßrichtung NTS" die Beleuchtung auf den asiatischen Raum fortsetzte, wobei allerdings "Kaiserliche Hoheit" die prominenteren Besucher anzog: Ex-Minister Süsterhenn, Ex-Staatspräsident Wohlleb, Ex-Oberdirektor Pünder, Vertreter der DP, CDU/CSU und die klerikal-konservativen Repräsentanten der Bonner Ministerialbürokratie, eingerahmt von so liberalen Elementen wie Justizminister Dr. Dehler und dem Industrie-Finanz-Manager Heinrichsbauer.

Wer von den kanzlertreuen deutschen Föderalisten geglaubt hatte, Otto von Habsburg würde dem christlich-klerikal-konservativen Kleinsteuropa Adenauer-De Gasperi-Schuman das Wort reden, sah sich getäuscht, denn der "hohe Referent" - jeder mied peinlich die "Kaiserliche Hoheit"! - sagte den Bonnern unumwunden, daß sie in keiner Hauptstadt wohnen, sondern im vorübergehenden Sitz einer Verwaltung, an der nicht das Herz der Nation schlage. Ein dauernder Aufbau Europas sei erst nach der Niederringung des Bolschewismus und der Wiederherstellung der deutschen Einheit möglich. Für diesen Fall hält Otto seinen Donauplan bereit, in dem der Donaauraum als der logische ökonomische Partner des deutschen Raumes - bei völliger politischer Unabhängigkeit - figuriert. Für Kleinsteuropa konnte daher auch Otto keine ermutigenden Worte finden, denn er bezeichnete es als "eine gefährlich einseitige Struktur" in welcher die beiden größten Mächte, Deutschland und Frankreich, bald in ein rivalisierendes Zwiesgespräch geraten würden.

Diese Konkurrenzgefahr will Otto dadurch lösen, daß vor dem Eintritt in die europäische Gemeinschaft die kleineren Staaten in regionale Föderationen zusammengefaßt werden, die ihnen eine genügende Macht verleihen, um als gleichstarke Partner mit den Großmächten Europas zu verhandeln. Der Frage, welche Rolle denn das Haus Habsburg bei einer solchen Lösung spielen wolle, wich er mit Wiener Charme aus: Über Souveränitäts- und Verfassungsfragen müßten natürlich die Völker selbst entscheiden.

+ + +

Verwaltungsreform kein Patentrezept

rw - Düsseldorf

Das Thema Verwaltungsreform ist zur Zeit in Nordrhein-Westfalen von ministerieller CDU-Seite stark in den Vordergrund gerückt worden. Angestoßen wurde es durch den Ministerpräsidenten Karl Arnold, der seine Vorstellungen vor der Industrie- und Handelskammer zu Beginn des Jahres 1952 darlegte. Das war damals eine Art Kanonenschuß: Die Minister nicht mehr Minister, sondern so etwas wie Staatssekretäre, Einsparung verschiedener, jetzt selbständiger Ministerien durch Zusammenlegung, Abbau der sechs Regierungspräsidenten bis auf zwei, die später mit den Provinzialverbänden Rheinland und Westfalen identifiziert werden könnten, größtmögliche Verlagerung der Verwaltungsbefugnisse nach unten usw. Bisher ist freilich noch nichts erfolgt. Es ist zu vermuten, daß unmittelbar vor den Kommunalwahlen einige Anordnungen den Beginn der Verwaltungsreform markieren sollen, aber den Umfang des Ganzen offen lassen. Was die CDU als Regierungspartei wirklich will, wird wahrscheinlich in greifbaren Konturen erst im Frühjahr bis zum Frühsommer des Jahres 1953 sichtbar werden, als Beitrag und geplante Hilfestellung für Adenauer. Eines dürfte aber heute bereits feststehen: Die ursprünglichen Pläne Arnolds sind inzwischen zu einer Art von Büroreform abgewertet.

Die Sozialdemokratische Partei in Nordrhein-Westfalen geht bei der ganzen Entwicklung von dem Grundgedanken aus, die Verwaltung so gestrafft wie möglich, gleichzeitig aber so vollkommen wie nötig zu sehen. Sie wird unnachsichtig jede nur optische Reform zurückweisen. Am Beginn der Diskussion wurde mit Erstaunen vermerkt, daß Arnolds Vorschlag auf die Zusammenlegung der drei sozial wichtigsten Ministerien hinzielte: Arbeits-, Sozial- und Wiederaufbauministerium sollten zu einer Verwaltungseinheit zusammengelegt werden. Diese Magierformel: Aus drei mach eins! machte die SPD von vornherein sehr mißtrauisch und skeptisch.

Mit genau dem gleichen Unbehagen wurden Arnolds Vorschläge für die Mittelinstanz der staatlichen Verwaltung, die Regierungspräsidenten, aufgenommen. Die SPD, die über ausgezeichnete Fachleute auf diesem Gebiet verfügt, weiß zu genau, wie wichtig die Instanz des Regierungspräsidenten für die Verwaltung ist. Sicherlich - das weiß auch sie - lassen sich einige Reformen hier diskutieren. Von vernünftigen Leuten wird seit langem eine Zusammenlegung der beiden Bezirksregierungen Köln und Aachen angestrebt. Aber dies Bemühen stieß dabei erstaunlicherweise gerade auf den Widerstand bei denen, die jetzt in der Mittelebene Großinstanzen ohne Verbindung nach unten schaffen wollen. Darum aber geht es gerade, denn es ist absurd, einen Rentner von Siegen 400 km nach Münster fahren zu lassen, wenn er in der Regierungsmittelinstanz etwas zu klären hat.

Die sozialdemokratischen Vorstellungen von einer Verwaltungsreform unterscheiden sich von den Gedanken Arnolds und seiner Freunde grundsätzlich. Der Grundgedanke stimmt noch einigermaßen überein: Der Selbstverwaltung so viel übergeben, als überhaupt möglich ist.

Aber die Gesamtorganisation muß intakt und muß sozial bestimmt bleiben. Es darf nach sozialdemokratischer Auffassung keinen Abbau von Aufgaben geben, die im Zuge einer sozialen Entwicklung für den einzelnen, vor allem für die wirtschaftlich Abhängigen und die Notleidenden geschaffen wurden.

Was von dem Arnold-Plan in der Realität übrig bleibt, ist heute noch nicht zu übersehen. Seine antisozialen Tendenzen werden jedoch nicht nur auf den härtesten Widerstand der SPD stoßen, sondern auch in der Öffentlichkeit schonungslos herausgestellt werden. Mit besonderer peinlicher Sorgfalt wird beobachtet werden, ob etwa Ressort einsparungen immer dort einsetzen sollen, wo noch parteipolitische Gesichtspunkte im Sinne der Regierungsparteien eine Rolle spielen. Diese Möglichkeit liegt leider sehr nahe. Es wäre nicht das erstemal in der Geschichte, daß mit großen Worten nichts anderes als "Personalpolitik" betrieben wird.

Das Kabinett Arnold hat bisher manche inneren Strukturängel und Lähmungserscheinungen infolge divergierender Auffassungen innerhalb der eigenen Parteiengruppierung, d.h. praktisch der CDU, gezeigt. Sein Beamtensystem ist keineswegs seit dem Ausscheiden der SPD kleiner geworden, seine Tätigkeit alles andere als aktiver. Ein Wahlschlag "Verwaltungsreform" nur mit Worten ist ein billiges Unternehmen.

+ + +

Maßstäbe

Die Eignung für höhere Posten wird bei uns nicht nach Gewicht bestimmt, und nur bei wenigen primitiven Völkern mag es üblich sein, daß jeweils der Dickste unter ihnen Häuptling wird. Bei uns wird nach anderen Werten gemessen, und meist ist es eine Summe von Charaktereigenschaften, bei denen manchmal der Geist, manchmal auch die Ellenbogen, das Gewicht ausmachen, das der Kandidat in die Waagschale wirft, wenn er, sagen wir, Bundeskanzler werden will.

Was mag eigentlich unser Bundeskanzler wiegen? Ob sich das ermitteln läßt? Nun, die "Ruhr-Nachrichten" haben das in einem Annäherungswert festgestellt, als sie sich anlässlich der Rede des Bundeskanzlers in Dortmund, die den Kommunalwahlkampf in Nordrhein-Westfalen eröffnen sollte, vor Begeisterung über Adenauers Qualitäten überschlugen. Die Zeitung schloß ihren Bericht mit der Bemerkung, daß Dr. Adenauer einer der größten Aktivposten der jungen Bundesrepublik sei, und sie nannte als Resultat, das ihre Dezimalwaage anzeigt: "Er wiegt mindestens so viel wie ein paar Divisionen".

Es braucht eben jeder den Maßstab, der ihm gemäß ist, und was dem einen die Kilogramme Gewicht oder die Zentimeter Körperumfang bedeuten, das sind dem anderen Kompagnien, Regimenter oder Divisionen. Wir haben dem nichts hinzuzufügen, denn es ist uns seit langem klar, daß Divisionen der einzige Maßstab sind, nach dem Adenauer mißt.

R.G.